

Studiengebühren abgeschafft, Medienstaatsvertrag gestoppt

Bildung und Kultur für alle

Mit einem Paukenschlag begann die bildungspolitische Arbeit der Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW. Bereits kurz nach der Konstituierung des Landtags Anfang Juli 2010 reichte die Linksfraktion Gesetzesinitiativen zur Bildungspolitik ein, um einige der schlimmsten Fehlentscheidungen der abgelösten schwarz-gelben Landesregierung, wie etwa die Einführung von Studiengebühren, zu beseitigen.

DIE LINKE machte den Regierungsfractionen von Anfang an Beine, ihre eigenen Wahlversprechen einzulösen. Denn diese wollten die versprochenen Veränderungen, jetzt an der Regierung, doch nicht so schnell umsetzen. Auf unsere Anträge musste die Landesregierung dann schnell mit einem eigenen Gesetzentwurf (dem 4. Schulrechtsänderungsgesetz) reagieren. Dieses Gesetz enthält im Kern die Forderungen aus den Gesetzesinitiativen der Linksfraktion, allerdings teilweise in verwässerter Version: So forderte unsere Fraktion in ihrer Gesetzesinitiative die vollständige Abschaffung der Kopfnoten. SPD und Grüne legten die Entscheidung in die Hände der Schulkonferenz, die allermeisten Schulkonferenzen schafften sie ab. Mit der Aufhebung der Verbindlichkeit der Grundschulgutachten konnten wir unser Ziel erreichen: freie Wahl der weiterführenden Schule. Und unsere Initiative für mehr Mitbestimmung in der Schulkonferenz erreichte, dass nun Eltern, Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler gleich stark vertreten sind.

Auch andere bildungspolitische (Wahl-)Versprechen von SPD und Grünen haben wir aufgegriffen und die Regierung zu ihrer Umsetzung gezwungen. So wetterten zwar SPD und Grüne im Wahlkampf gegen die Folgen des „Turbo-Abiturs“ durch das „G8“, das achtjährige Gymnasium. Doch die Fraktion DIE LINKE war es, die den konkreten Gesetzesantrag zum „Gymnasium in neun Jahren“ stellte. SPD und

Grüne brachen ihr Wahlversprechen und ließen nur einen Schulversuch zu, an dem sich 14 von 626 Gymnasien in NRW beteiligten. Auch die SPD-Parole von einem gerechten Lohn bleibt für angestellte Lehrkräfte ein Traum. Der Antrag der Linksfraktion „Gleiches Geld für gleiche Arbeit – auch

Gunhild Böth, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, bei einer Flugblattaktion für die sofortige Abschaffung der Studiengebühren am 16. November 2011 vor der Universität Wuppertal.



für Lehrkräfte in NRW!“ wurde auch von SPD und Grünen abgelehnt. Und allen Ankündigungen der Grünen und unseren Anträgen zum Trotz bleibt Gleichstellung in der Schule für Rot-Grün eine ehrenamtliche Tätigkeit, der die Lehrer/-innen unbezahlt nachgehen dürfen. Auch für kleinere Klassen, gegen einen schrumpfenden Bildungsetat und für einen gemeinsamen Unterricht für Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderungen setzen wir uns weiterhin ein.

Eine der ersten parlamentarischen Initiativen der Fraktion DIE LINKE sorgte dafür, dass die Studiengebühren zum Wintersemester 2011/12 endlich passé sind. Leider konnten wir uns mit der Forderung einer sofortigen Abschaffung der Campusmaut zum Wintersemester 2010/11 nicht durchsetzen. SPD und Grüne verzögerten das gebührenfreie Studium immer wieder. Dabei hatten beide Parteien noch nach der Wahl eine Abschaffung zum Sommersemester 2011 als realisierbar in Aussicht gestellt. Mit genau diesem Argument machten sich denn auch Abgeordnete und Mitarbeiter/-innen der Fraktion DIE LINKE sowie viele Genossinnen und Genossen im November 2010 auf, um an den Hochschulstandorten für eine frühere Abschaf-

**AUF EIN
WORT**

Dr. Carolin Butterwegge

Köln

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Soziales,
Rente und Senioren, Kinder,
Behinderung, Jugend, Familie



Das wichtigste Ereignis bei meiner Arbeit im Landtag war...

... die Abschaffung der Studiengebühren und der Residenzpflicht für Flüchtlinge in NRW, weil ich dafür lange gekämpft habe.

Ich hätte nicht gedacht, dass ...

... eine Tätigkeit als Abgeordnete so zeitraubend beziehungsweise schwierig mit den Pflichten als Mutter eines Kleinkindes vereinbar ist, aber auch so viel Spaß machen und Herausforderung sein kann.

Links wirkt, weil ...

... die Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen parlamentarische Mehrheiten und ein soziales Korrektiv braucht, das sie an ihre Wahlversprechen erinnert und die Anliegen derjenigen im Parlament vertritt, deren Interessen sonst keine Beachtung finden.

fung zu werben und den Druck auf SPD und Grüne zu erhöhen. Leider ließen sich deren Haushälter dadurch nicht bewegen.

Eine Reizstelle der von uns erzwungenen frühzeitigen Abschaffung der Studiengebühren war und ist der Ausgleich der Gelder, die den Universitäten dadurch entgehen. Wissenschaftsministerin Svenja Schulze (SPD) wurde nicht müde, den Hochschulen eine volle Kompensation zu versprechen. Gleichzeitig versicherte sie, dass Hochschulen, die zuvor nicht die maximale Campusmaut von 500 Euro eingetrieben hatten, dabei nicht schlechter gestellt würden. Dieses Versprechen brach die Regierung: Wer früher hohe Studiengebühren nahm, erhält jetzt auch mehr Geld vom Land. SPD und Grüne bestrafen die Hochschulen, die die Studierenden zuvor nicht geschröpft hatten. Diese himmelschreiende Ungerechtigkeit wird die Fraktion DIE LINKE der Minderheitsregierung nicht durchgehen lassen.

Deshalb hat die Linksfraktion im Studiengebührenabschaffungsgesetz ein Mitspracherecht des Parlaments bei der Vergabe der Kompensationsmittel erkämpft. Unsere Forderung nach Kompensation der Mittel durch den Schlüssel „500 Euro pro Semester und Studierendem“ wird deshalb in jedem Haushaltsjahr erneut debattiert werden. Auch hier werden wir weiterhin am Ball bleiben.

Zum aus Bundesmitteln bezuschussten Mittagessen bedürftiger Kinder in Kitas und Schulen beantragten wir, den elterlichen Eigenanteil von einem Euro je Mahlzeit aus Landesmitteln zu finanzieren. SPD und Grüne lehnten den Antrag „Kein Kind ohne Mahlzeit“ indes ab. Der Druck der Fraktion DIE LINKEN zwang die Landesregierung immerhin zur Ankündigung, für die vom Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung ausgeschlossenen Kinder, unter anderem aus Asylbewerberfamilien, die Kosten für Mahlzeiten in Gänze zu übernehmen. Im Elementarbereich geht es uns



Aus Anlass des Internationalen Tags gegen Gewalt gegen Frauen versammelten sich am 25. November 2010 Abgeordnete und Mitarbeiterinnen der Fraktion vor dem Landtag in Düsseldorf.

darum, die Regierungsparteien zu einer umfassenden Revision des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) zu bewegen, wie sie sie im Wahlkampf vollmundig angekündigt hatten. Inzwischen wollen SPD und Grüne nichts mehr davon wissen, es geht ihnen lediglich noch um eine erste Revisionsstufe. Diese strebt nur marginale Verbesserungen an und schiebt umfassende Strukturveränderungen auf die lange Bank beziehungsweise in die zweite Revisionsphase – obwohl die Regierung so gern vom Mehrwert präventiver Sozialpolitik vor allem im Bereich frühkindlicher Bildung spricht. Hier wird sich die Fraktion DIE LINKE auch weiter als soziales Korrektiv dafür stark machen, dass die Proteste betroffener Eltern und Beschäftigter im Revisionsprozess Berücksichtigung finden und Gebührenfreiheit sowie ein freier gleicher Zugang zu Bildung verwirklicht werden.

Auch im Kulturbereich musste die Fraktion DIE LINKE die Regierungsparteien immer wieder an ihre eigenen Wahlversprechen erinnern – oft vergeblich. So wollte die Fraktion mit einem konkreten Antrag Rot-Grün verpflichten, zumindest Kriterien für die – laut Koalitionsvertrag – geplante Kulturpauschale zur Finanzierung der kommunalen Kulturausgaben zu erarbeiten. Auch einen Hilfsfonds haben SPD und Grüne abgelehnt, der Kommunen unterstützen sollten, in denen unmittelbar die Schließung von Kultureinrichtungen droht. So bleibt die finanzielle Absicherung der Kultur in NRW weiter das Thema der Linksfraktion.

AUF EIN WORT

Gunhild Böth

Wuppertal

Vizepräsidentin des Landtags
Sprecherin für Schule, Hochschule,
Berufliche Bildung



Das wichtigste Ereignis bei meiner Arbeit im Landtag war...

... dass unser Studiengebührenabschaffungsgesetz im Juni 2010 zu hektischen Aktivitäten im Wissenschaftsministerium über die Sommerferien führte.

Ich hätte nicht gedacht, dass ...

... die persönlichen Angriffe auf uns von CDU und FDP so dümmlich wären.

Links wirkt, weil ...

... wir fachlich kompetent, in der Arbeit blitzschnell und als Fraktion und Partei auch außerhalb des Parlaments agieren!

Erfolge konnte die Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW auch im Bereich der Medienpolitik feiern. Sie hatte von Beginn der Diskussion an klar gemacht, dass sie dem 14. Jugendmedienschutzstaatsvertrag (JMStV) nicht zustimmen würde. Denn den Betreibern privater Seiten im Internet wären unzumutbare Pflichten auferlegt und die Informationsfreiheit für Kinder und Jugendliche wäre stark eingeschränkt worden, die geplanten Jugendschutzmaßnahmen dagegen wären völlig unzureichend ausgefallen. Die Schwächen dieses Vertrags wurden von der Linksfraktion deutlich benannt und kritisiert, die Ablehnung mit großer Sachkenntnis begründet. Erst danach zogen die anderen Fraktionen nach und erklärten, dass auch sie nicht mehr zustimmen würden. Zum ersten Mal in der bundesdeutschen Geschichte scheiterte ein Staatsvertrag. Dem folgt nun auch eine Diskussion über das Zustandekommen von Staatsverträgen. Urplötzlich wird allen Fraktionen klar, dass dieser Prozess demokratischer werden muss.

AUF EIN WORT

Ralf Michalowsky

Gladbeck

Sprecher für Kultur,
Medien, Sport



Das wichtigste Ereignis bei meiner Arbeit im Landtag war...

... die unglaubliche Sympathie, die uns vom ersten Tag an aus den Medien und den anderen Fraktionen im Landtag entgegen schlug.

Ich hätte nicht gedacht, dass ...

... ich mal auf so engem Raum (wie dem Plenarsaal) auf so viele Schauspieler treffe.

Links wirkt, weil ...

... meine Wahlergebnisvoraussage eingetreten ist. Rosa-Grün hat keine eigenständige Mehrheit – und das ist gut so! Nach einer Phase des gegenseitigen Beschnüpperns werden wir jetzt an den Stellschrauben drehen müssen. Ministerpräsidentin Kraft ist längst noch nicht auf dem Kurs, der uns eine Unterstützung ihrer Politik ohne Bauchschmerzen möglich macht.